

16. Wahlperiode

Ersetzungsantrag

der Fraktion der CDU zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Linksfraktion auf Annahme einer EntschlieÙung – Drs. 16/2930 -

Zukunft der Jobcenter – Gemeinsame Betreuung und Förderung ermöglichen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen: Der Antrag Drs. 16/2930 wird wie folgt ersetzt:

Umorganisation der Jobcenter auf Landesebene umgehend und gründlich vorbereiten

Das Abgeordnetenhaus von Berlin ist sich einig, dass das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 20.12.2007 zur Neuorganisation der Jobcenter eine umfangreiche Umorganisation auch im Land Berlin notwendig macht. Diese so vorzubereiten, dass die Betreuung und Förderung langzeitarbeitsloser Menschen ohne Einschnitte bürgerfreundlich, unbürokratisch und so zielgruppenorientiert wie möglich als Hilfen unter einem Dach angeboten werden können, muss das Ziel aller Bemühungen sein.

Daher wird der Senat aufgefordert, ohne weiteren Zeitverzug umgehend Gespräche mit der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit aufzunehmen, um mögliche Kooperationsmodelle abzuklären. Flankierend dazu ist eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des Senats, der Bezirke und der Regional-

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

direktion einzurichten, die schnellst möglich und gemeinsam insbesondere folgende Fragen abklärt:

- denkbare künftige Aufgabenwahrnehmung der Beteiligten sowie Einsatz der Beschäftigten des Landes Berlin,
- innere Organisation der Hilfen unter einem Dach sowie Lösung anstehender Raumfragen,
- Vorschläge für eine neue Rahmenvereinbarung einschließlich der Einbindung lokaler Kompetenz.

Das Abgeordnetenhaus ist über die erreichten Ergebnisse laufend zu informieren.

Berlin, den 26. Januar 2010

Henkel Hoffmann Kroll
und die übrigen Mitglieder der CDU-Fraktion